

Digitaler Feldzug

43 Prozent der US-Bürger halten den Afghanistan-Einsatz heute für falsch. Dazu könnte das Internetportal WikiLeaks beigetragen haben. Nun steht es im Fadenkreuz des Pentagon. **Seite 2**



Rent a Pastor

Schon zum zweiten Mal macht Willi Temme, Pfarrer in der Kasseler Martinskirche, ein ungewöhnliches Sommerangebot: Man kann ihn für eine Stunde mieten. ND nutzte die Gelegenheit. **Seite 3**



Stöbern und schmökern

Ein Autor und ein Fotograf stöberten am Strand – das Resultat lockt zum Schmökern im Urlaub. Ein anderes Buch offeriert Ostseegedichte, der ND-Shop bietet weitere Ferienlektüre. **Seiten 16 und 17**

Standpunkt

Öl-Druck

Von Kurt Stenger

Das Ölbohrloch im Golf von Mexiko wird, so scheint es, nun endgültig verschlossen. Mehr als ein Vierteljahr hat der lange Zeit hilflos agierende Ölgigant BP dafür benötigt. Heißt es nun Schwamm drüber, wie es die BP-Verantwortlichen wohl am liebsten hätten?

Das ist nicht zu erwarten, denn die Langzeitfolgen der größten Ölkatastrophe in der Geschichte sind noch kaum absehbar. Das gilt für die ökologischen Zerstörungen im Lebensraum Meer und auch für die Verluste der Tourismusindustrie und Fischerei in den betroffenen Regionen. BP kann sich angesichts des ohnehin schon schweren Imageverlustes gerade auf dem wichtigsten Markt und Fördergebiet USA kaum aus der Verantwortung stehlen. Und so wird man einen zweistelligen Milliardenbetrag aus den weiter üppig fließenden Profiten abzweigen müssen.

Doch es geht um weit mehr als die Begleichung von Schadenersatzforderungen und die Zukunft von BP. Die globale Ölförderung hat ihren Scheitelpunkt wohl schon erreicht oder ist kurz davor – die Konzerne fördern in ökologisch immer sensibleren Gebieten und auf immer riskantere Weise. Daher sind energiepolitische Alternativen dringend gefragt. Eine Katastrophe allein wird für ein Umdenken nicht sorgen – das zeigte schon der Tschernobyl-GAU bei der Atomkraft. Dafür ist die Lobby der großen Energiekonzerne einfach zu einflussreich. Der Druck ausströmenden Öls im Bohrloch ist mit Schlamm gebannt – jetzt ist politischer Druck von unten gefragt.

Unten links

Zum zweiten Mal ist Ex-Baulöwe Jürgen Schneider juristisch auffällig geworden. Zugegeben, diesmal geht es nicht um Milliarden, wie dereinst in den 90ern bei diversen Immobilienspekulationen. Die Verluste für die Banken waren so riesig, dass Hilmar Kopper von der Deutschen Bank den Millionen-Schaden, den Schneider bei kleinen Handwerkern angerichtet hatte, verächtlich als Peanuts bezeichnete. Nach mehreren Jahren Knast muss sich Schneider wirklich mit Peanuts zufrieden geben. Für die jetzt ergaunerten 67 000 Euro hätte der einst rund um den Globus Geseuchte früher kaum ein Händchen gerührt. Aber mit dem Alter wird man eben genügsamer. Trotzdem wird der 76-Jährige demnächst noch einmal auf der Anklagebank sitzen – und nicht in einer der schönen Spielbanken, an denen jene Firma beteiligt ist, der er das Geld vorab als Vertrauensbeweis für irgendwelche Luftschlösser abluchste. Bei solchen Idioten hätte Schneider ruhig kräftiger zulegen können. **oer**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Bohrloch zu – viele Fragen offen

Aktion »Static Kill« im Golf von Mexiko offenbar vor Erfolg / BP drohen hohe Strafen



Von Schiffen und Plattformen aus wird an der offenbar erfolgreichen Operation »Static Kill« gearbeitet.

Foto: dpa

Von John Dyer

BP-Ingenieure haben das Bohrloch im Golf von Mexiko vorerst verschlossen. Jetzt beginnt die Diskussion über die Folgen aus der Ölkatastrophe.

Der Öl-Multi BP hat das erfolgreiche Schließen des Bohrlochs im Golf von Mexiko gemeldet, aus dem seit dem Sinken der Förderplattform »Deepwater Horizon« Ende April rund 800 Millionen Liter Öl ins Meer geflossen sind. BP-Ingenieure hatten am Dienstag von Schiffen aus eine schwere chemische Mischung in das Bohrloch gepumpt. Der zähe Schlamm verhindert, dass nach oben strömendes Öl weiter austreten kann. »Wir haben einen Meilenstein erreicht«, sagte ein BP-Sprecher in London. Ob der Kampf tatsächlich schon gewonnen sei, müssten aber die nächsten Schritte zeigen. Jetzt soll möglicherweise Zement in die Steigle-

tung gepresst werden. Darüber müsse aber erst noch gemeinsam mit den US-Regierungsbehörden entschieden werden, sagte der BP-Sprecher.

Zwar atmet die Bevölkerung auf, aber sie beginnt immer mehr Fragen zu stellen, wie es zu der Katastrophe kommen konnte und welche Lehren man für die Energiepolitik und den Katastrophenschutz daraus ziehen muss. Umweltschützer kritisierten erneut den US-Senat. Die Senatoren seien in die Parlamentsferien gegangen, ohne die vorliegende Klimaschutzgesetzgebung zu verabschieden, die den Kohlendioxid-Ausstoß verringern, den Preis für Öl und Benzin anheben sowie die Kohlenutzung neu regulieren soll. Das Repräsentantenhaus hat das Klimapaket längst verabschiedet. Das fortwauernde Nicht-Handeln sei ein Beweis für den großen Einfluss der Ölindustrie im Kongress, erklärte Peter Leh-

ner, Direktor des Rats zum Schutz Natürlicher Ressourcen.

Auch die Energiepolitik insgesamt wird in Frage gestellt. Die USA haben unter Präsident George W. Bush die Förderung von Öl und Gas im eigenen Land forciert – im Namen der Energiesicherheit in Zeiten des »Krieges gegen den Terror«. Bohrungen im hohen Norden und in den Gewässern vor der eigenen Küste gehörten dazu. Barack Obama hatte die Förderung im offenen Meer noch im März erlaubt, nach der Katastrophe im Golf von Mexiko aber wieder gestoppt. Ein Gericht hob diesen Stopp auf, jetzt wird gestritten.

Zumindest bei den Umweltfolgen gibt es eine gewisse Entwarnung. Laut einem Bericht der Regierung vom Mittwoch ist nur noch ein Viertel der ausgetretenen 800 Millionen Liter Rohöl im Meer. Der Rest sei durch Absaugen, Verbrennen oder chemische Auflösung beseitigt

worden. Laut Jane Lubchenco, Direktorin der Nationalen Ozean- und Atmosphäre-Behörde, könnte dies bedeuten, dass die Folgen der Katastrophe nicht so groß sind wie zunächst befürchtet. »Wir kennen aber die genaue Auswirkung auf das Ökosystem und auch auf die Menschen am Golf noch nicht.«

Arbeitsteams sind derweil weiter dabei, rund 600 Meilen verschmutzter Strände in Alabama, Florida, Louisiana und Mississippi zu reinigen. Auch die Kosten für BP stehen noch nicht fest. Der Konzern selbst veranschlagt diese bisher bisher auf 32,2 Milliarden Dollar. Dies dürfte nicht reichen: Weitere 20 Milliarden sollen in einen Entschädigungsfonds für die Küstenbewohner fließen. Eine hohe Geldstrafe droht nach dem Wasserreinigungsgesetz der USA. Sie könnte sich auf bis zu 4300 Dollar pro Barrel ausgelaufenes Öl belaufen – insgesamt 21 Milliarden.

Sparpaket trifft den Osten besonders hart

Studie zeigt: Sozialkürzungen der Bundesregierung belasten vor allem die neuen Länder

Von Fabian Lambeck

Der nun veröffentlichte »Atlas der Sozialkürzungen« des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes belegt, wie unausgewogen das Sparpaket der Bundesregierung ist. Während die wohlhabenden Bundesländer im Westen kaum Einbußen befürchten müssen, werden die Kürzungen in den neuen Ländern auch die regionale Wirtschaft schwächen.

Bereits im letzten Jahr sorgte der Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für Aufsehen. Der Atlas sollte zeigen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung unter dem Lebensstandard lebte, den »das Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit ermöglicht hätte«, wie Autor Rudolf Martens betonte. Aber vor allem belegte die Studie, dass der Osten das Armenhaus der Republik war. Während in Baden-Württemberg jeder Zehnte unterhalb der Armutsschwelle lebte, war es in Mecklenburg-Vorpommern fast je-

der Vierte. An diesem Ungleichgewicht dürfte sich nichts geändert haben. Neu hinzu gekommen ist aber das Sparpaket der Bundesregierung, mit dem bis 2014 etwa 82 Milliarden Euro »eingespart« werden sollen. Davon kommt mit 30 Milliarden Euro der weitaus größte Teil aus dem Sozialbereich. Egal ob Streichung des Heizkostenzuschusses oder Abschaffung des Elterngeldes für Hartz-IV-Mütter: Die Armen zahlen die Zeche.

Deshalb hat der Paritätische nun nachgelegt und den »Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung« veröffentlicht. Mehr als 400 Einzeldaten aus unterschiedlichen Quellen flossen dabei in die Studie ein. So ergibt sich ein klares Bild der Lastenverteilung. »Armutgefährdete, Hartz IV-Bezieher und Niedrigverdiener«, so Studienautor Rudolf Martens, »werden durch das Sparpaket noch ärmer gemacht.«

Zudem trifft der Sparfanatismus auch die regionale Wirtschaft. Denn die von den Kürzungen be-

sonders betroffenen Familien am unteren Ende der Einkommensskala sparen nicht, wie Martens schreibt. »Sie benötigen ihre gesamten Einnahmen für ihren Lebensunterhalt. Mit anderen Worten, das, was sie einnehmen, geben sie auch aus.«

Und damit trifft es wieder die ohnehin strukturschwachen Ostländer. Besonders deutlich wird dies bei der regional gegliederten Pro-Kopf-Verteilung der Einbußen in den Jahren von 2011 bis 2014. Während die ostdeutschen Bundesländer jährliche Kürzungen von mehr als 76 Euro pro Einwohner verkraften müssen, sind es im Westen nur etwas mehr als 36 Euro. So reichen die Werte von knapp 22 Euro in Bayern bis zu 96 Euro in Berlin. Von den sieben am stärksten betroffenen Bundesländern liegen sechs im Osten der Republik. Hier »trifft eine niedrige Wirtschaftskraft auf hohe Kürzungsbeiträge«, stellt Martens fest.

Wie unausgewogen das Sparpaket ist, zeigt sich auch anhand des

Vergleichs von regionaler Wirtschaftsleistung und Sozialkürzungen. Dabei gilt die Faustformel: Je höher das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner, desto geringer die Kürzungen. Demnach reduziert das Sparpaket die Wirtschaftsleistung pro Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern um 0,4 Prozent, im östlichen Landkreis Uecker-Randow gar um 0,65 Prozent. »Die drei Südländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen weisen ein hohes BIP pro Einwohner in Euro auf; daher wirken sich die Sozialkürzungen nur gering aus. Dagegen stehen die Flächenländer Ost«, resümiert Studienautor Rudolf Martens.

Die Kovorsitzende der LINKEN, Gesine Löttsch, nahm die Ergebnisse der Studie zum Anlass, um ihre Forderung nach Rücknahme der Sozialkürzungen zu bekräftigen. Der Atlas der Sozialkürzungen zeige deutlich, so Löttsch am Mittwoch, »dass das Kürzungspaket die Menschen in Ostdeutschland besonders hart treffen wird.«

US-Strafen gegen Iran-Firmen

21 Unternehmen neu auf »schwarzer Liste«

Washington/Teheran (AFP/ND). Die US-Regierung hat ihre Strafmaßnahmen gegen Iran weiter verschärft: Im Atomstreit mit Teheran erließ sie Sanktionen gegen 21 iranische Unternehmen, die unter anderem in Deutschland aktiv sind. Betroffen seien zwei Holdinggesellschaften und ein Maschinenbauunternehmen in Düsseldorf sowie ein Rohstoff-Importeur in Hamburg, teilte das US-Finanzministerium am Dienstag mit. Auf der Liste stehen demnach ferner ein Montanbetrieb in Luxemburg, zwei Banken in Belarus und ein Unternehmen in Japan. US-Bürgern oder US-Firmen ist es untersagt, mit den betroffenen Unternehmen Geschäfte zu machen.

Berichte über einen angeblichen Anschlag auf den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad haben weltweit Aufsehen erregt. Auf den Konvoi des Staatsoberhauptes sei bei einem Besuch im Westen des Landes eine »Granate« geworfen worden, berichtete die iranische Website Chabaronline.ir am Mittwoch. Die Regierung in Teheran sprach dagegen von einem Feuerwerkskörper, der von einem Anhänger Ahmadinedschads gezündet worden sei. Der Sprengsatz sei in der Stadt Hamedan etwa hundert Meter von Ahmadinedschads Fahrzeug entfernt neben einem Minibus mit Journalisten explodiert, berichtete die Website. Ahmadinedschad sei unverletzt geblieben.

Kurz

Weniger Adoptionen

Wiesbaden (epd). Die Zahl der Adoptionen in Deutschland sinkt weiter. 2009 wurden 3888 Kinder und Jugendliche adoptiert, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch in Wiesbaden mitteilte. 2008 waren es noch 4201. Seit 2004 ist die Zahl der Adoptionen um knapp ein Viertel (23 Prozent) gesunken.

Im Fluss ertrunken

Washington (dpa). Beim Spielen im Wasser sind sechs junge Leute im Alter von 13 bis 18 Jahren im Red River bei Shreveport (US-Staat Louisiana) ertrunken, als einer in eine Untiefe geriet und die anderen ihn retten wollten. Keiner von ihnen konnte schwimmen.

Haftbefehl getrotzt

Khartum (AFP). Ungeachtet des Haftbefehls vom Haager Strafgerichtshof gegen ihn ist der sudanesisch-präsident Omar el-Baschir am Mittwoch zu einem Besuch nach Libyen gereist. In Tripolis wurde er von Ministerpräsident Bagdadi Mahmudi empfangen.

Zweimal getunnelt

London/Folkestone (dpa). Einmal Ärmelkanal und zurück, und zwar sofort: Rund 20 Passagiere und ihre Autos sind im Eurotunnelzug vergessen und nach der Ankunft in Calais (Frankreich) unfreiwillig gleich wieder auf die britische Insel zurückgefahren worden.